

31. Sitzung

Düsseldorf, Donnerstag, 11. Juli 2018

Top 1: Wohnungslosigkeit von Frauen eindämmen – Was tut die Landesregierung?

Aktuelle Stunde

Auf Antrag

Der Fraktion der SPD

Drucksache 17/2756-Neudruck

Präsident André Kuper: Vielen Dank. – Für die FDP erteile ich nun der Kollegin Schneider das Wort.

Susanne Schneider (FDP): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Wohnungslosigkeit und speziell Frauen ohne Dach über dem Kopf: Es ist schade, dass Sie wieder einmal einseitig nur ein Geschlecht betrachten. Denn auch über Männer ohne Dach über dem Kopf lohnt sich eine intensive Debatte.

(Beifall von der FDP und der CDU Zuruf von Lisa-Kristin Kapteinat [SPD])

Es ist wie in den letzten Jahren auch: Sie wollen Frauen fördern und unterstützen. Sie behandeln Frauen als schwaches Geschlecht, das unbedingt Hilfe benötigt. Dass Männer auch Probleme haben – sie brechen wesentlich häufiger die Schule ab, und im Bereich Männergesundheit bestehen große Herausforderungen, um hier nur zwei Beispiele zu nennen –, ignorieren Sie weiterhin.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Ein Viertel aller Wohnungslosen sind Frauen. Das bedeutet aber auch, dass drei Viertel der Wohnungslosen Männer sind. Dieses Verhältnis ist nicht neu. Und leider können wir sowohl bei Männern als auch bei Frauen einen Anstieg der Zahlen beobachten.

(Zuruf von Heike Gebhard [SPD])

Auch wenn bei Frauen das Problem der Wohnungslosigkeit oft weniger sichtbar ist, sollten wir uns deshalb nicht nur auf sie fokussieren. Vielmehr brauchen wir umfassende und differenzierte Ansätze für Frauen und für Männer.

Für mich ist es wichtig, dass jeder Mensch, gleich welchen Geschlechts, in die Lage versetzt wird, selbstbestimmt in seinen eigenen vier Wänden leben zu können.

(Beifall von der FDP)

Sowohl wohnungslose Frauen als auch wohnungslose Männer können durch vielfältige persönliche, familiäre und finanzielle Probleme in diese schwierige Lebenslage geraten sein. Hier sollten die Hilfen ansetzen, bei denen aber in erster Linie die Kommunen gefordert sind.

In der Tat benötigen Frauen dabei andere Hilfen als Männer. Dieser Aussage von Minister Laumann kann ich nur zustimmen. Denn Wohnungslosigkeit gestaltet sich bei Frauen anders.

Viele von ihnen versuchen mit aller Kraft, ihre wirtschaftlichen, sozialen, gesundheitlichen oder durch familiäre bzw. partnerschaftliche Gewalt verursachten Probleme selber in den Griff zu bekommen. Gerade dieses Bedürfnis, eigene Strategien zur Problemlösung zu finden, kann aber die Schwierigkeiten noch verstärken und eine Abwärtsspirale in Gang setzen.

Für Frauen ist dabei der Verlust der Wohnung viel stärker mit dem Verlust des privaten Schutzraumes verbunden. Deshalb bin ich froh, dass die Herangehensweise gegen Wohnungslosigkeit geschlechtersensibel erfolgt.

Bereits der damalige Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration, unser heutiger Ministerpräsident Armin Laschet, hat für geschlechtergerechte Hilfe für wohnungslose Frauen und Männer geworben. Minister Laumann hat diese Politik mit der Fachtagung letzte Woche wieder aufgenommen.

Die unterschiedlichen Stellen in den Kommunen brauchen ein verstärktes Bewusstsein für die

Frage wohnungsloser Frauen, um die Problematik zu erkennen und gezielte Hilfen anbieten zu können. Darauf hat das Land NRW mit der Fachtagung aufmerksam gemacht.

Dabei unterstützen wir die Kommunen, indem wir mit dem Aktionsprogramm des Landes Informationsaustausch und Beratung anbieten sowie Projekte, zum Beispiel für Frauen in ländlichen Gebieten oder für Seniorinnen, fördern.

Wir brauchen hier aber keine Nachhilfe durch die Aktuelle Stunde der SPD. Sinnvolle Ansätze werden wir fortsetzen. Ihr Versuch, der NRW-Koalition hier soziale Kälte beim Thema „Wohnungslosigkeit von Frauen“ zu unterstellen, läuft also ins Leere.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, wirklich abenteuerlich ist für mich aber Ihr Versuch, die Themen von Wohnungspolitik und Wohnungslosenhilfe mit den Akutschutzeinrichtungen für Frauen, die Gewalt erfahren haben, zu verbinden.

Sicher haben wohnungslose Frauen häufig auch Gewalterfahrungen und benötigen Schutz. Ein Frauenhaus kann aber keine dauerhafte Unterbringung ersetzen,

(Lisa-Kristin Kapteinat [SPD]: Das sagen wir auch gar nicht!)

sondern immer nur eine vorläufige Hilfe sein.

(Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD]: Eben!)

Mehr Plätze allein werden wohnungslosen Frauen daher wenig helfen.

Die NRW-Koalition stellt für den Schutz und die Hilfe für gewaltbetroffene Frauen allein dieses Jahr zusätzlich 600.000€ zur Verfügung. Damit sichern wir die Existenz der Frauenberatungsstellen einerseits und die Tätigkeit der Frauenhäuser andererseits.

Ich unterstütze Ministerin Scharrenbach auch voll und ganz in ihrer Strategie, die zusätzlichen Mittel für Frauenhäuser an bestimmte Bedingungen zu knüpfen. Damit verfolgen wir das Ziel, die hilfesuchenden Frauen zwar so lange wie erforderlich, aber nicht länger als notwendig in den Schutzräumen unterzubringen.

Ich bin geduldig und warte sehr gern ab, bis alle Beteiligten sich auf ein Konzept geeinigt haben, denn hier gilt: Sorgfalt vor fahrlässiger Schnelligkeit.

Im Übrigen

kann ich mir sehr gut vorstellen, dass wir künftig sogenannte Second-Stage-Projekte und teilstationäre Einrichtungen wie das Modellprojekt wohnenPlus in Espelkamp unterstützen werden. Frau Paul, das wurde bisher nie infrage gestellt.

(Josefine Paul [GRÜNE]: Ich habe das auch nicht infrage gestellt!–Weiterer Zuruf der

Abg. Josefine Paul [GRÜNE])

So können wir Angebote zwischen dem Akutschutz im Frauenhaus und einer dauerhaften Unterkunft ausbauen.

Zum Schluss noch ein Gedanke zur Prävention: Eine prekäre Situation kann gerade für alleinerziehende Frauen oder nach einer Trennung entstehen, wenn eine neue Wohnung benötigt wird und keine Möglichkeit besteht, den Lebensunterhalt durch eigene Arbeit zu verdienen.

Ein gesichertes Arbeitsverhältnis ist hier der beste Schutz. Die NRW-Koalition hat sich zum Ziel gesetzt, die Menschen in diesem Land in Arbeit zu bringen.

Außerdem brauchen wir eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Christdemokraten und FDP haben hier bereits gehandelt, indem wir die Kita-Öffnungszeiten ausdehnen und flexibilisieren.

Dies alles zeigt doch: Die NRW-Koalition wird das Ziel im Auge behalten,
Wohnungslosigkeit bei Frauen und bei Männern zu bekämpfen und ihr vor allem auch
vorzubeugen.–Ich danke Ihnen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Präsident André Kuper: Als nächstem Redner erteile ich für die AfD Herrn Dr. Vincentz das
Wort.